

Der folgende Beitrag ist entstanden aus dem Beitrag
„Ein bißchen Geschichtsunterricht für alle Russenhasser und Ukraine-Versteher“
eines unbekanntes Verfassers, im Internet vor dem 06.05.2022 aufgefunden;
er ist überarbeitet und ergänzt von Wolfgang Hendlmeier

Hintergründe und Tatsachen zur Entstehung des Ukraine-Konfliktes

1989 – 1991

Die Sowjetunion (UdSSR) erlaubt die Abschaffung der Demarkationslinie zwischen Ost- und Westdeutschland und schafft dadurch die Grundlage für die deutsche Wiedervereinigung. Sie löst den "Warschauer Pakt" auf, zieht ihre Truppen aus Osteuropa ab und vertraut auf die mündliche Zusage von Hans-Dietrich Genscher (ehemaliger Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland und James Baker (ehemaliger Außenminister der USA) im Februar 1990, daß die ehemaligen "Warschauer Pakt"-Mitglieder nicht der NATO beitreten, es also keine NATO-Osterweiterung geben wird [1].

Daß die Sowjetunion deutlich schwächer als die USA und die im wesentlichen von diesen beherrschte NATO war, zeigt folgende Tatsache eindrucksvoll: Die russischen Truppen werden bis zum 31. Dezember 1994, drei Jahre nach dem Ende der Sowjetunion, aus Deutschland abgezogen. Dagegen wollen die USA ihre Truppen wegen des seit 1945 ausstehenden Friedensvertrages in Deutschland bis auf weiteres in Deutschland belassen [2].

31. Dezember 1991

Mit dem Zerfall der Sowjetunion wird die Ukraine von der Sowjetunion unabhängig.

1. Juli 1991

Der seit dem 4. Juni 1955 bestehende „Warschauer Pakt“ löst sich auf. Er war als Reaktion der sowjetisch beeinflussten Staaten, der sog Satellitenstaaten der UdSSR, auf die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland 1955 gegründet worden. Der offizielle Name des damals geschlossenen Vertrages lautete „Warschauer Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“. Zwischen 1999 und 2020 sind fast alle mittel- und osteuropäischen Mitglieder des früheren "Warschauer Pakts" (zum Teil auch ehemalige Mitgliedsstaaten der früheren Sowjetunion) gegen den Willen Rußlands der NATO beigetreten, die damit an die Westgrenze des heutigen Rußlands herangerückt ist. Im folgenden die Beitrittsjahre [3]:

Albanien *)	2009
Estland	2004
Kroatien ***)	2009
Lettland	2004
Litauen	2004
Montenegro ***)	2017
Nordmazedonien ***)	2020
Polen	1999
Rumänien	2004
Slowakei **)	1999
Slowenien ***)	2004
Tschechien **)	1999
Ungarn	1999

*) Albanien schied am 13. September 1968 aus dem Warschauer Pakt aus.

***) aus der Teilung der Tschechoslowakei zum 1. Januar 1993 entstanden;

****) bis 2003 Teil Jugoslawiens.

2001

Putin macht am 25.09.2001 im deutschen Bundestag dem Westen in deutscher Sprache ein Angebot für eine enge Partnerschaft, um die Spaltung der Vergangenheit zu überwinden. Alle Bundestagsabgeordneten klatschen begeistert.

Die NATO-Mitglieder lehnen aber die Aufnahme Rußlands in die NATO ab; denn sie wollen Rußland kein Vetorecht zubilligen [6].

Es gibt mit Weißrußland, der Ukraine und den drei baltischen Staaten einen Puffer zwischen der Nato und Rußland.

Die russische Föderation (kurz: Rußland) als wichtigster Nachfolgestaat der am 26. Dezember 1991 aufgelösten Sowjetunion nimmt das hin.

2004

Die baltischen Staaten werden Mitglieder der NATO. Diese rückt damit direkt an die russische Grenze heran. Dadurch wird die Pufferzone zwischen NATO und Rußland in diesem Bereich beseitigt.

Rußland nimmt das hin.

2013

In der Ukraine beginnen Proteste. Sie werden von den westlichen Medien als „Euromaidan“ bezeichnet. Sie richten sich dagegen, daß unter dem Druck Rußlands ein Assoziierungsabkommen der Ukraine mit der Europäischen Union ausgesetzt worden ist [21]. Aber auch die in der Ukraine verbreitete Korruption ist ein Grund für die Proteste. Außerordentlich schwierig gestaltet sich das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Nationen in der Ukraine. Die beiden größten sind die Ukrainer und die Russen. Die Russen besitzen im Süden und Osten einen Anteil von bis zu 75%. Im Westen spielen auch Polen und Ungarn eine bedeutende Rolle. Zur Befriedung ist deshalb ein Schutz der sprachlichen Minderheiten wichtig.

In den 1977 in Kraft getretenen Menschenrechtspakten der Vereinten Nationen ist in Art. I (1) das Selbstbestimmungsrecht der Völker festgelegt: „(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung“ [22]. Dem steht formal die Unverletzlichkeit der Grenzen entgegen, die sich aus Art. 2 (4) der Charta der Vereinten Nationen ergibt: „Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die *territoriale Unversehrtheit* oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt“ [23]. Daraus folgt, daß bei Meinungsverschiedenheiten eine Einigung zwischen dem abgebenden und dem aufnehmenden Staat bzw. der Volksgruppe erforderlich ist, die den Staat verlassen möchte.

Es zeigt sich, daß die USA in der Ukraine nachdrücklich eigene Interessen verfolgen [7]; denn die Ukraine ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt.

2014

putscht der Westen die rußlandfreundliche Regierung von Wiktor Janukowytsch der Ukraine aus dem Amt und installiert eine USA-freundliche Regierung.

Gleichzeitig beginnen die USA, allen voran Hunter Biden, Sohn des amerikanischen Präsidenten Joe Biden ab 2021, die Unternehmen Monsanto, Black Water sowie US-Militärberater die Ukraine zu infiltrieren und eine NATO-Mitgliedschaft in Aussicht zu stellen.

Hunter Biden steigt in das ukrainische Gas-Geschäft ein [8].

Die zweite Verletzung der Pufferzone findet statt.

Rußland nimmt das hin.

2014

Wegen des politischen Umsturzes in der Ukraine sah sich Rußland genötigt, die Krim zu besetzen und zu annektieren. Immerhin hatte es in Sewastopol auf der Krim die gesamte Schwarzmeerflotte stationiert.

Auf der Krim findet eine Volksabstimmung über den Anschluß an Rußland statt, deren Ergebnisse umstritten sind. Es ist jedoch ziemlich sicher, daß die aus verschiedenen Nationalitäten bestehende Bevölkerung mehrheitlich für den Anschluß an Rußland gestimmt hat. Schweizer Angaben zufolge „haben 50 bis 60 Prozent der Stimmbürger für den Anschluss gestimmt, bei einer Wahlbeteiligung von 30 bis 50 Prozent“ [10]. Man fragt sich, warum sich die Regierungen der „westlichen Wertegemeinschaft“ fast stets gegen Volksabstimmungen unter internationaler Kontrolle wenden. In einer direkten Demokratie zeigt das Ergebnis einer Volksabstimmung – im Gegensatz zu einer indirekten (parlamentarischen) Demokratie die Wünsche der Bevölkerung unmittelbar. Voraussetzung ist, daß die Wähler über die Vor- und Nachteile der zur Auswahl stehenden Lösungen objektiv informiert worden sind.

2014 – 2022

Einige wichtige Entwicklungen und Ereignisse aus dieser Zeit:

Das aus Freiwilligen bestehende Regiment Aow wird Teil der ukrainischen Nationalgarde und kämpft seither gegen die prorussischen Separatisten in der Ostukraine in den Bereichen Lugansk und Donezk [13].

Die Ukraine zahlt seit 2014 die Renten an Ostukrainer nicht wie üblich und auch nicht vollständig, sondern nur aus Geldautomaten, solange der Geldvorrat reicht [14].

Die Lebensmittelversorgung dieser Gebiete ist schwierig. Rußland und Hilfsorganisationen werden deshalb tätig.

Das sog. Minsker Abkommen (Minsk II) [18] vom 12. Februar 2015 sollte den Ukraine-Konflikt beenden. Das Abkommen wurde von Vertretern Rußlands, der Ukraine, der „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)“ sowie von den Milizenführern der selbsternannten „Volksrepubliken“ Luhansk und Donezk unterzeichnet. Der Inhalt umfaßt 13 Punkte, u. a. einen sofortigen Waffenstillstand, Ausarbeitung eines Verfahrens zur Wiederherstellung der sozialen und wirtschaftlichen Verbindungen einschließlich von Lohn- und Rentenzahlungen, Verfassungsreform in der Ukraine mit Inkrafttreten bis Ende 2015, Konkretisierung der Regeln für die Selbstverwaltung in einzelnen Gebieten der Oblaste Donezk und Lugansk. Das Abkommen wird schon wenige Tage nach Unterzeichnung gebrochen.

2020

In Weißrußland (seit 2020 von den deutschen Medien als „Belarus“ bezeichnet) kommt es nach der Wiederwahl von Präsident Alexander Lukaschenko zu Unruhen. Die EU und westliche Staaten prangern die Wahl als undemokratisch an [16]. Nach dem Vorbild des Regierungsumsturzes in der Ukraine im Jahr 2014 versucht man nun, auch in Weißrußland die Regierung zu stürzen, was mißlingt. Es war der dritte Angriff auf die Pufferzone zwischen der NATO und Rußland.

Rußland nimmt das hin.

24. Februar 2022

Rußland marschiert in die Ukraine ein. Wie bei jedem Krieg sind die Ursachen objektiv zu untersuchen und darzustellen. Bekanntlich ist bei einem Krieg das erste Opfer die Wahrheit. Berichte und Kommentare aus russischer und aus ukrainisch-westlicher Sicht sind seit langem nicht in Übereinstimmung zu bringen. Der Wille, beide Seiten der Konfliktparteien zu hören, ist nicht zu erkennen. Wegen der teilweisen Sperre russischer Nachrichten und Kommentare, z. B. RT DE [19], ist eine objektive Darstellung der Verhältnisse und Ereignisse kaum möglich. Hier soll deshalb nur auf einen Bericht des Bayerischen Rundfunks vom 22.04.2022 [17] zurückgegriffen werden, der das wichtigste Kriegsziel nennt:

Rußland beansprucht die Ostukraine (Donbass) und die Südküste der Ukraine, wo mehrheit-

lich russisch gesprochen wird [17, 20].

Wichtige Quellen:

- [1] NATO-Osterweiterung: https://de.wikipedia.org/wiki/NATO-Osterweiterung#Weitere_US-amerikanische_Positionen;
- [2] Abzug der russischen Truppen aus den besetzten europäischen Ländern: <https://www.mdr.de/heute-im-osten/abzug-der-sowjetischen-truppen100.html>;
- [3] Beitritt der genannten Staaten nach Angaben in „Wikipedia“;
- [4] Wladimir Wladimirowitsch Putin (Biografie): https://de.wikipedia.org/wiki/Wladimir_Wladimirowitsch_Putin;
- [5] Rede Putins vor dem Deutschen Bundestag am 25.09.2001 (Auszug): https://www.youtube.com/watch?v=F0_OWqUuh9E;
- [6] Gründe für die Ablehnung des Beitritts von Rußland zur NATO: <https://www.berliner-zeitung.de/bruessel-und-vor-allem-die-usa-sind-aber-auf-moskaus-hilfe-im-kampf-gegen-den-terror-angewiesen-wenig-begeisterung-fuer-russlands-nato-antrag-li.45825?pid=true>;
- [7] Ukraine: <https://de.wikipedia.org/wiki/Ukraine>;
- [8] Hunter Biden: https://de.wikipedia.org/wiki/Hunter_Biden;
- [9] Krim: <https://de.wikipedia.org/wiki/Krim>;
- [10] Christian Weisflog in: Neue Zürcher Zeitung (05.05.2014): Volksabstimmung auf der Krim: <https://www.nzz.ch/krim-referendum-stark-gefaelscht-ld.792270>;
- [11] Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: Ukraine-Krieg 2022 – Russland-Ukraine-Konflikt erklärt: <https://www.lpb-bw.de/ukraineKonflikt>;
- [12] Warschauer Pakt: https://de.wikipedia.org/wiki/Warschauer_Pakt;
- [13] Regiment Asow: https://de.wikipedia.org/wiki/Regiment_Asow;
- [14] Florian Hassel in Süddeutscher Zeitung (08.12.2019): Rente und Gerechtigkeit, solange der Vorrat reicht: <https://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-volksrepubliken-donezk-lugansk-1.4713674>;
- [15] Umsturzversuch in Weißrußland (Belarus) nach der Präsidentenwahl 2020: <https://de.wikipedia.org/wiki/Belarus>;
- [16] Tagesschau vom 19.08.2020 (16.22 Uhr): EU erkennt Wahlergebnis in Weißrußland nicht an: <https://www.tagesschau.de/ausland/belarus-eu-103.html>;
- [17] Russische Kriegsziele (BR am 22.04.2022): <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/ukraine-russland-nennt-erstmal-konkrete-kriegsziele,T3kQ5Ak>;
- [18] Minsker Abkommen (Minsk II): https://de.wikipedia.org/wiki/Minsk_II;
- [19] Steffen Grimberg, Warum RT DE gleich doppelt verboten ist (15.03.2022): <https://www.mdr.de/medien360g/medienpolitik/warum-rt-verboden-ist-100.html>;
- [20] Karte mit den Alltagssprachen in der Ukraine: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/195091/karte-alltagssprachen-in-der-ukraine/>;
- [21] Christian Weisflog und Ivo Mijnsen: Chronologie der Maidan-Revolution: <https://www.nzz.ch/international/ukraine-chronologie-der-maidan-revolution-ld.1290571>;
- [22] Selbstbestimmungsrecht der Völker: https://de.wikipedia.org/wiki/Selbstbestimmungsrecht_der_Völker;
- [23] Territoriale Integrität von Staaten: https://de.wikipedia.org/wiki/Territoriale_Integrität.

Außerdem weitere einschlägige Wikipedia-Beiträge.

Anzumerken ist, daß die Suche im Internet eindeutig gezeigt hat, daß die russische Sicht so gut wie nicht vorkommt. Die seit jeher unabdingbare Forderung der Gerechtigkeit, man solle auch die Gegenseite hören („audiatur et altera pars“), ist tatsächlich mit Füßen getreten. Diese Schiefelage zeigt zum wiederholten Mal, daß die durch Geld und Waffen mächtigen Kreise über das Internet eine perfekte Zensur und Überwachung ausüben können, wenn es ihnen an gutem Willen fehlt. Der sog. Datenschutz ist bestenfalls ein hilfloses Ablenkungsmanöver, der nebenbei Verbrecher schützt.

Stand: 24. Februar 2023